

Der Ausschuss für Umwelt und Technik

n i m m t K e n n t n i s

bei 1 Enthaltung, ansonsten einstimmig,

vom Arbeitspapier der „Gesellschaft für interdisziplinäres Verfahrensmanagement“ (GiV)
und

b e s c h l i e ß t

bei 1 Enthaltung, ansonsten einstimmig:

- Unter der Voraussetzung, dass der Bund die Maßnahmen in das Bundes-GVFG aufnimmt, wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden die Gründung eines Zweckverbandes zur Umsetzung des Stadtbahnprojekts vorzubereiten.
- Der Landkreis Ludwigsburg erklärt – vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung des Kreistags – seine grundsätzliche Bereitschaft, sich an den erforderlichen Untersuchungen und Planungsschritten zur Realisierung des Projekts „Stadtbahn Landkreis Ludwigsburg“ mit 50 Prozent zu beteiligen, sofern die kommunalen Partner ebenfalls 50 Prozent der Kosten tragen und der Bund die Maßnahme in das Bundes-GVFG aufnimmt.
- Die Entscheidung über die Beteiligung an den Kosten für die Projekte in der Zuständigkeit der Stadt (Reaktivierung der Schienenstrecke, BRT) zurückzustellen, bis aussagefähige Abschätzungen über die Kostenhöhe und erste Planungen vorliegen.